

10.43

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner: Herr Bundespräsident! Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Geschätzte Regierungskollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ich habe die Rede gehört: Ich will! Ich glaube, unsere Seite will auch (*Beifall bei ÖVP und SPÖ*), und wenn wir gemeinsam die Probleme angehen, sollten sich Anspruch und Wirklichkeit miteinander verbinden. Auf gute Zusammenarbeit! Wir gehen die Sache an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich auf ein paar Inhalte und auch Prinzipien aus meiner Sicht der Politik eingehe, es nicht verabsäumen, neben dem Willkommensgruß an den neuen Bundeskanzler auch Dankesworte an das scheidende Team, aber auch an Bundeskanzler Werner Faymann zu richten. Er hat in einer ganz schwierigen Zeit mit intensivem Einsatz Österreich vertreten. Er hat uns vor allem auch auf internationaler Ebene würdig und intensiv vertreten und mit uns, trotz mancher Unterschiede, gut zusammengearbeitet. Ich darf mich bei ihm, aber auch bei seinem Team dafür bedanken und ihm alles Gute wünschen. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie bei Abgeordneten von Grünen, NEOS und Team Stronach.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch nicht derjenige, der da steht und vor lauter Selbstgeißelung, weil alles so schlecht war, sozusagen den Schlussstrich unter die Vergangenheit zieht. Das wäre ungerecht, auch gegenüber dem scheidenden Team. Es ist nicht so, dass Werner Faymann ein Einzelunternehmer war, der Österreich geführt hat, und wir uns jetzt umdrehen und sagen, war nicht gut, sondern ich, wir, Sie, andere, auch die Opposition waren Teil dieser Politik und auch des Bildes, das wir bei Zuseherinnen und Zusehern abgegeben haben.

Wenn wir Selbstkritik üben, dann ist diese angebracht und eine durchaus bittere, aber von diesem bitteren Kuchen der Selbstkritik kann sich, je nachdem, der eine oder andere durchaus ein Stück abschneiden. Das bleibt Ihnen allen in der Überlegung überlassen. Wir werden unseren Teil davon aufnehmen. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.*)

Wenn über die letzten Jahre gesagt wird – das hat der neue Bundeskanzler auch angesprochen –, es habe den Anschein, dass überall nur Stillstand war, möchte ich doch – das regt vielleicht den einen oder anderen zum Nachdenken an – ein paar Punkte erwähnen, die Ihnen vielleicht in der Kurzlebigkeit der Politik und auch den Fernsehzuschauerinnen und -zuschauern entgangen sind.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir seit dem Jahr 2009 die größte Wirtschaftskrise aller Zeiten haben, die wir noch nicht überwunden haben und in der die österreichische Bundesregierung Maßnahmen gesetzt hat, die Sie teilweise noch in Erinnerung haben: Verschrottungsprämie, Sanierungsscheck, Bauinvestitionen – das ist der eine Teil. Aber auf der anderen Seite haben wir genau diejenigen, die heute die Zukunftssicherheit einfordern, in die Gegenwart gerettet. Ich meine damit einige durchaus große Unternehmen. Der Staat hat nicht nur die Kurzarbeit finanziert, sondern hat auch Haftungen, die wir jetzt noch haben, in Milliardenhöhe übernommen, um diese Zeit der Krise überstehen zu können. Das war im Sinne von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch im Sinne der Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und soll hier auch erwähnt werden, denn es ist nicht unmaßgeblich. Die 12 Milliarden €, die wir da entsprechend investiert haben, haben wir leider nicht durch Refinanzierung im Sinne von Erholung der Konjunktur wieder ins Budget bekommen. Das schleppen wir heute noch immer mit.

Zweiter Teil: Mancher hat den Eindruck, wir lernten nie aus Krisen. Es wird Ihnen vielleicht entgangen sein, aber beispielsweise im Energiebereich haben wir basierend auf den Erfahrungen der Erdgaskrise 2009 das System umgestellt. Wir haben den sogenannten Reverse Flow eingerichtet, aber auch die Speicherkapazitäten erhöht. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass die Probleme in der Ukraine deswegen bewältigt werden konnten, weil wir die Versorgung vom Westen Richtung Osten herstellen konnten. Also die EU ist durchaus in der Lage, nicht wir allein, Probleme auch gemeinsam zu lösen.

Wir haben die HETA-Problematik, die wir alle geerbt haben, auch Werner Faymann und wir als Team, aus der Hypo-Alpe-Adria-Entwicklung, in ruhiges Fahrwasser gebracht. Nicht, dass kein Schaden für Österreich entstanden wäre, aber wir haben den Schaden so minimal wie möglich gehalten, und der Finanzminister hat die gesamte HETA-Problematik nun zu einem Ende gebracht – und das in einem ruhigen Fahrwasser. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Jetzt sage ich Ihnen Folgendes, weil so manches Mal der Eindruck entsteht, die Politik ist machtversessen, die Politik möchte jeden Posten bis ganz nach oben nach Parteibüchern besetzen. *(Ruf: So ist es!)* – Sie sagen, so ist es, ich sage Ihnen: Wir haben die ÖBIB neu gestaltet. Ist Ihnen in diesem Zusammenhang eigentlich aufgefallen, dass seitdem ohne jede Diskussion die Personalbesetzungen stattgefunden haben?

Heute steht in der Zeitung, Herr Löscher wird der neue Vorsitzende im OMV-Aufsichtsrat. Also ehrlich: Ich weiß nicht, welches Parteibuch er hat – rot, schwarz, blau, sonst etwas. Es ist mir egal! (*Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*) Das einzig Entscheidende ist, ob er die internationale Qualifikation hat – und die hat er in erhöhtem Ausmaß. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Ich kann Ihnen auch sagen, im Verbund habe ich noch nie nach dem Parteibuch gefragt; das wäre auch blöd gewesen, wenn ich Susanne Riess-Passer für den Aufsichtsrat nominieren, denn sie hat, glaube ich, nicht unser Parteibuch. Das war auch nicht die Frage, sondern die Frage war die Kompetenz; und bei anderen ist es genauso.

Daher, meine Damen und Herren, glauben Sie nicht alles, wenn jemand sagt, man brauche ein Parteibuch, um irgendwo Erfolg zu haben! Man schafft es selbst zur Präsidentin des Obersten Gerichtshofes ohne Parteibuch. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren, last but not least noch zwei Punkte: Steuerreform: Ich weiß, wir werden für die Steuerreform nie gelobt werden; vom Einzelnen sowieso nicht, der schaut sich auf der Internetseite des Finanzministeriums an, wie viel er davon profitiert, und sagt dann: Für mich bringt es nichts! Die Wirtschaftsforscher haben uns aber bestätigt, es war eine wichtige, es war eine richtige Reform. Wir haben mittlerweile auch wieder aufgeholt, was das Wachstum anbelangt.

Vielleicht das Wichtigste überhaupt – und da ist Werner Faymann schon auch zu danken, weil wir intern ziemlich intensive Auseinandersetzungen gehabt haben – ist: Wir haben bemerkt, bei aller Hilfsbereitschaft, bei aller Humanität, dass wir im Bereich der Flüchtlingspolitik ungeregelt und ohne Kontrollen dieses Problem allein nicht schultern können, und wir haben die internationale Solidarität erzwungen. Das ist meines Erachtens eine große Leistung, weil Europa jetzt gemeinsam vorgeht, um dieses Problem zu lösen. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren, die objektiven Daten sind gar nicht schlecht. Das Wachstum ist gut, wir haben ein Jahr nach dem anderen einen Exportrekord, dem Land geht es gut oder nicht so schlecht, dennoch möchte auch ich nicht verhehlen, was der Bundeskanzler angesprochen hat: Die Stimmung ist schlecht. Die Stimmung ist aus mehreren Gründen schlecht (*Abg. Kickl: Stillstand, hat er gesagt, der Kanzler!*) – Stillstand, was Sie wollen, Herr Kickl, Sie werden es ja dann selbst verbal illustrieren –; Stillstand deswegen, weil es natürlich da und dort auch eine überzogene Erwartungshaltung in einer Krisensituation gibt, weil aber auf der anderen Seite auch

die Bürokratie überbordend ist. Ich sehe es selbst so. Die Freiheit des Unternehmers ist nicht mehr gegeben.

Gerade gestern hat mir wieder jemand geschrieben, der Most erzeugt: Das darf nicht wahr sein, die mit 1,2 Millimetern vorgeschriebene Schriftgröße auf der Flasche habe ich nicht eingehalten, sondern sie ist nur 1 Millimeter groß, und jetzt muss ich 600 € Strafe zahlen! Wem schreibt er es? – Mir! Ich bin nicht verantwortlich dafür, aber für das System. Daher müssen wir bei dem System gemeinsam ansetzen, denn diesem Mann ist es wurscht, ob die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung der EU dafür maßgeblich ist. – Ein kleines, aber ein eigentlich symptomatisches Beispiel.

Wir haben aber darüber hinaus – und das würde ich als Thema etwas größer sehen – eine Zukunfts-, eine Verdrängungsangst. Der eine oder andere hat irgendwo begriffen, dass die Probleme internationale Dimension haben. Die Flüchtlinge, die kommen ja nicht beispielsweise von der Steiermark zu uns, sondern aus Libyen, Syrien; das wissen wir. (*Zwischenruf bei den Grünen.*) – Na ja, manche in der Ukraine tun ja so, als ob ein Flüchtling, wenn er in Polen ist, ein echter Flüchtling wäre, oder in der Westukraine. Also auch da muss man einmal diskutieren, was jetzt wirklich was ist; aber das ist eine andere Diskussion.

Ich komme wieder zurück zum Gesamtthema, und das Gesamtthema ist aus meiner Sicht: Es gibt so etwas wie eine Zukunftsangst, man fürchtet um den Arbeitsplatz und anderes mehr.

Und damit komme ich zu einem dritten Thema: Viele, vor allem die Journalisten, haben den Eindruck, um die Chancen der nächsten Generation zu sichern, um auch die Zukunft abzusichern, gehen wir die Reformen zu wenig intensiv an. Meine Damen und Herren, da wird etwas dran sein, und da ist etwas dran. Ich habe schon genug Reformen selbst verhandelt, aber ich sage Ihnen auch, mir ist noch keine Reform untergekommen, wo es dann nicht am Schluss der Angelegenheit mehr Forderungen und mehr Kosten gegeben hat. Jetzt frage ich Sie: Ist das eine entsprechende Zukunftsorientierung? Ist das die Absicherung der Systeme für die jüngere Generation? – Ich würde es bezweifeln. Daher: Auch bei diesem Ansatz gibt es einiges zu tun, um wirklich das Richtige in die Wege zu leiten.

Ich mache es genauso wie der neue Bundeskanzler, möchte Ihnen nicht alle Felder der Politik beleuchten. Einiges steht im Regierungsprogramm, aber das ist vielleicht in diesem Zusammenhang gar nicht so maßgeblich. Ich glaube, wir müssen zwei Punkte inhaltlich bewegen: Das eine ist – und ich glaube, da sind wir uns alle, zumindest wir, einig –, dass wir, was New Deal, oder wie immer wir es bezeichnen, die

Zukunftswettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft anbelangt, einiges in die Wege leiten müssen. Das fängt bei Entbürokratisierung und Deregulierung an und hört natürlich bei Flexibilisierung und anderen vergleichbaren Instrumenten auf. Und da sind wir schon im Detailproblem. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Punkt, den wir nur andeutungsweise erwähnt, nicht wirklich angesprochen haben, ist die Wettbewerbsfähigkeit der Systeme. Wenn wir ein Wirtschaftssystem haben, wo Gesundheitssystem, Arbeitsmarkt, Pensionssystem und vieles mehr dranhängen, müssen wir beides so entwickeln, dass es wettbewerbsfähig ist und dass es Zukunftsangst – weil meine Pension nicht gesichert ist, weil ich nicht die richtige Bildung oder die wissenschaftliche Ausstattung habe – nicht mehr gibt. Daher: Wir sind uns einig, wir müssen in diesem Bereich investieren.

Damit ich das tun kann, brauche ich aber eines; der Bundeskanzler hat das erwähnt mit den Worten: Engagement muss belohnt werden. – Klingt kurz, ist einfach, ist aber die entscheidende Größe für das Land, denn wir haben jetzt schon eine Entwicklung gehabt, dass der eine oder andere die Transferleistung als Erstes in den Mittelpunkt rückt und nicht das Leistungseinkommen durch Arbeit. Daher: Diesem alten Prinzip, wir müssen zuerst einmal erarbeiten und leisten, dann können wir verteilen, dem müssen wir Rechnung tragen. *(Beifall bei der ÖVP, bei Abgeordneten von SPÖ und FPÖ sowie des Abg. Scherak.)*

Ich sage Ihnen auch, der Anspruch in der Praxis, das wird der Elchtest auch für uns in der kommenden Tätigkeit. Wenn wir uns jetzt anschauen, was wir in der Politik vielleicht ändern sollten, dann, glaube ich, ist es die Art der Politik. *(Zwischenruf bei der FPÖ.)* – Hören Sie zu, denn das trifft nicht nur uns, vielleicht auch die Opposition!

Der erste Punkt trifft eher uns: Wir waren über Jahre gewohnt, dass wir eine Politik Richtung Ergebnisorientierung gemacht haben. In Wahlkämpfen haben wir versprochen und nachher dann versucht, alle in Watte zu packen, nach dem Motto: Der Staat tut für dich. Was war das Ergebnis? – Alle haben auch vom Staat gefordert und tun es heute noch.

Ich sage Ihnen – ich habe vorhin davon gesprochen –, ich verfüge nicht über Personen, aber Personen glauben bei jeder Angelegenheit, die es irgendwo gibt, sie müssen, obwohl gar nicht zuständig, zum Politiker sagen: Passen Sie auf, ich brauche den Heimplatz, ich brauche die Förderung, ich brauche das und das! Eher die umgekehrte Variante erleben wir. Das ist zwar ein Zeichen von Vertrauen, aber nicht ein Zeichen von entsprechender Zuordnung, wer im Land für etwas wirklich verantwortlich ist.

Eine Kollegin aus der Schweiz, die das mitverfolgt hat, hat mir gesagt: Bei uns ist das anders, da respektiert man die Grenze zwischen Verwaltung und Politik! Auch daran können wir von der anderen Seite, glaube ich, arbeiten.

Was wir aber tun müssen, siehe Thema Flüchtlinge: aus Betroffenen Beteiligte machen. Alles, was wir tun, sind ja nur Appelle. So wird uns das nicht gelingen im Bereich der Integration. Wir werden es dann schaffen, wenn wir Integration als Chance gemeinsam mit den Betrieben erleben und erarbeiten. Und das kommt nicht von selbst, daher: aus Betroffenen Beteiligte machen – ein Schlüsselsatz.

Zweiter Punkt: die Erwartungshaltung brechen. Das klingt so einfach. Wissen Sie, was ich damit meine? – Wir haben bis jetzt immer ein Prinzip gehabt: Im Regierungsprogramm steht etwas, und wenn wir das einfordern: Bitte, machen wir endlich die Flexibilisierung!, dann kommt die andere Seite und sagt: Dafür brauchen wir aber die sechste Urlaubswoche oder etwas anderes für uns! – Damit mich jetzt niemand falsch versteht: Wir machen es wahrscheinlich genauso. Das kann aber in Zukunft nicht der ausschlaggebende Grund dafür sein, was wir tun. Das ist ein schwerer Anspruch, den ich da stelle. Es geht nicht darum, etwas zu tun, was eine Klientel verlangt, sondern wir müssen das tun, was für das Land richtig ist! Dies in der Praxis zu leben ist ein schwerer Anspruch – wir werden sehen. *(Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten von SPÖ und NEOS.)*

Meine Damen und Herren! Last but not least brauchen wir einen anderen Umgang in der Politik, ein anderes Miteinander. Und glauben Sie nicht, dass ich jetzt die Rollen Regierung und Opposition verwechsle. Ich weiß, was meine Aufgabe ist. Aber ist es die Aufgabe der Opposition, nur pauschal zu kritisieren und zu sagen: Das ist nix, das wird nix!? *(Zwischenrufe bei den Grünen.)* – Na, warten Sie einmal ab! Ich würde es eher so sehen, wie es Frau Glawischnig gestern – ich habe nur den kurzen Ausschnitt gehört – am „Runden Tisch“ gesagt hat: Schauen wir doch da und dort bei einem Thema, ob wir uns nicht auch konstruktiv einbringen können! – Und das finde ich richtig. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. Lugar: Wir haben Tausende Anträge, die von Ihnen schubladisiert werden! So schaut es aus!)*

Das heißt aber für unsere Seite auch, dass wir – Kollege Strolz sagt es nicht zu Unrecht sehr oft – seitens der Regierung uns auch anschauen müssen, was es da an Vorschlägen gibt. Dieses respektvolle Miteinander wird wahrscheinlich in einem anderen Ton erfolgen müssen – nicht, dass der eine dem anderen ständig nur vorwirft, sondern, dass er ihm wenigstens zuhört. *(Beifall des Abg. Öllinger.)* Gesagt ist nicht gehört, gehört ist nicht verstanden, verstanden ist nicht einverstanden und

einverstanden nicht umgesetzt – aber **zuhören** wäre einmal der erste Faktor. *(Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten von SPÖ, Grünen und NEOS.)*

Das gilt selbstverständlich auch für uns. Wenn wir beide sagen, wir gehen miteinander anders um, dann ist das, glaube ich, irgendwo nachvollziehbar, denn wenn wir uns kritisieren, wird uns die Bevölkerung nicht abnehmen, dass wir etwas lösen. Wenn aber nur wir beide das tun, dann wird es nicht unbedingt stimmig sein, wenn die beiden anderen Teile der Regierungsparteien das nicht auch so leben. Daher ist der Anspruch, das jetzt einmal in die Praxis zu bringen, sonst wird es schwierig, was Glaubwürdigkeit und Stimmigkeit anlangt. *(Präsident **Kopf** übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren, jetzt wird der eine oder andere sagen: Wunderbar, er sagt auch, er will! – Ja, das haben Sie teilweise schon gehört, aber was macht mich so sicher, dass es diesmal wirklich klappen könnte, denn garantieren kann man nie?

Erstens: der Druck. Der Druck ist stärker – ich habe auch begriffen, dass wir da und dort nicht mehr die Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern finden –, und Druck ist immer gut, um Lösungen zustande zu bringen.

Das Zweite, das ich in diesem Zusammenhang als sehr positiv sehe, ist, dass wir die feste Absicht haben und diese auch dokumentiert haben.

Das Dritte, das vielleicht noch besser ist, ist das Momentum, das eventuell einen neuen Schwung herbeiführt, und dieses Momentum bringt natürlich ein Neuer mit, der neue Bundeskanzler.

Es ist so, meine Damen und Herren: „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“ Ich habe es selbst erlebt, Hermann Hesse hat nicht Unrecht. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* – Passen Sie auf, dass Ihnen das Lachen nicht stecken bleibt! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.)* Sie werden es nicht glauben, aber ich sehe das ausschließlich positiv, weil wir damit das eine oder andere, das festgemacht zu sein scheint, vielleicht bewegen können. Wenn ich sage, jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, dann sollten Sie, die Journalisten, die Zuseherinnen und Zuseher, eines wissen: Zauber heißt nicht Zauberkunststück! Da ist ein gravierender Unterschied.

Daher: Geben Sie uns die Chance, geben Sie uns auch eine bestimmte Zeit, ein paar Wochen, und Sie werden sehen, wir werden uns das gemeinsam erarbeiten! In diesem Sinne: auf gute Zusammenarbeit! *(Anhaltender Beifall bei ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS. – Abg. **Wöginger**: Bravo! Sehr gut!)*

11.01

Präsident Karlheinz Kopf: Ich danke Ihnen, Herr Vizekanzler, und dem Herrn Bundeskanzler für die Erklärungen.

Wir gehen nun in die Debatte über diese Erklärungen ein.

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Strache. – Bitte.